

Presseinformation

Kiel, den 28.02.2008

Es gilt das gesprochene Wort

Anke Spoorendonk

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

TOP 20 Deutsch-dänische Mediengespräche

Drs. 16/1873

Als die dänische Minderheit im Herbst 2006 aus den Medien erfuhr, dass die dänischen Fernsehprogramme DR1 und TV2 nach dem 15. Oktober des Jahres aus dem Kabelnetz in Schleswig-Holstein entfernt werden sollten, war dies für uns wirklich ein Stich ins Herz.

Der SSW ergriff seinerzeit die Initiative, das Problem auf die politische Plattform zu heben. Es wurde hierzu im Landtag ein interfraktioneller Antrag eingereicht, der denn auch fraktionsübergreifend beschlossen wurde.

Wie wir heute wissen, hatte die Initiative Erfolg. - Ein Erfolg, der insbesondere für die dänische Minderheit von immenser Bedeutung ist. Denn die Verbreitung des dänischen Fernsehens im Landesteil Schleswig ist die kulturelle und sprachliche Verbindung nach Dänemark. Daher ist der freie Zugang zu dänischen Rundfunkmedien unverzichtbar für den dänischen Bevölkerungsteil im Landesteil Schleswig.

Durch die wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Weiterentwicklung im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat der freie Zugang zum dänischen Fernsehen aber auch für die Mehrheitsbevölkerung in der Region an Attraktivität gewonnen. Denn er trägt dazu bei, die Sprachkenntnisse zu verbessern und die dänische Kultur den Menschen südlich der

Grenze näher zu bringen. Nur so lässt sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wirklich voran bringen.

In der Debatte hatten wir auf ein Problem hingewiesen, das uns einholen könnte, wenn künftig von der analogen terrestrischen Ausstrahlung umgestellt wird auf die digitale Verbreitungstechnik DVB-T. Die Verbreitung der analogen Übertragung hat bekanntlich den Vorteil, dass es einen natürlichen „spill-over“ der Programme gibt. Dadurch ist es bis jetzt ja auch möglich, die dänischen Programme über die Landesgrenze hinaus empfangen zu können. Mit der Umstellung auf DVB-T und der Abschaltung der analogen Sender wird das dänische Fernsehen nur noch im grenznahen Bereich per Antenne zu empfangen sein. Eine Abdeckung des dänischen Fernsehens im gesamten Landesteil Schleswig wird es dann so nicht mehr geben. Auf dieses Problem weist auch die von der ULR bei der Universität Flensburg in Auftrag gegebenen Studie von 2006 hin.

Auch die deutsche Minderheit in Dänemark befürchtet, dass sie durch die Entwicklung im Medienbereich in Zukunft Probleme bekommen könnte – auch, wenn das Land hier vorerst etwas anders liegt. Denn der freie Zugang zum deutschen Fernsehen ist dort immer noch über Satelliten-Empfang möglich. Über einen freien Zugang zu dänischen Sendern via Satellit verfügt die dänische Minderheit leider nicht. Es ist dem SWW aber wichtig, dass wir diese Medien-Problematik in einem grenzüberschreitenden Kontext betrachten. – Wobei ich in Klammern hinzufügen möchte, dass es kein Zufall ist, dass sich auch die FUEV in diesem Jahr mit der Thematik „Minderheiten und Medien“ befasst. Denn letztlich haben wir es auch mit einem europäischen Problem zu tun.

Die Einspeisung ins Kabelnetz steht aus unserer Sicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem eben genannten Problem. Bisher wird im Kabelnetz verbreitet, was ortsüblich über Antenne zu empfangen ist. Durch eine geografisch begrenzte Ausstrahlung des digitalen dänischen Fernsehens, könnte somit auch die Einspeisung ins Kabelnetz in Gefahr geraten und den Totalausfall der dänischen Sender in weiten Bereichen des Landesteils Schleswig mit sich führen.

Die Studie der Uni Flensburg macht vor dem Hintergrund der Kabelkrise deutlich, dass der Dialog mit allen Parteien im Folketing gesucht werden muss, um eine langfristige Lösung

herbeizuführen. Und wir entnehmen nicht nur der Studie – sondern auch persönlichen Gesprächen mit Abgeordneten des dänischen Folketing – das Wohlwollen auf dänischer Seite gegenüber der dänischen Minderheit. Man ist sich dort der Problemlage bewusst, jedoch mangelt es an konkreten Strategien.

Daher sollten – so die Studie – dringend Ziele und Umsetzungsstrategien entwickelt werden. Empfohlen wird, eine Absprache zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein auf hohem ministerialem Niveau über die Zusammenstellung einer Arbeitsgruppe zu treffen - mit dem Ziel, Lösungsmodelle zu entwickeln.

Auch wenn dieser Lösungsansatz wünschenswert wäre, wissen wir, dass die Wirklichkeit etwas anders aussieht. Denn bevor eine deutsch-dänische Medienkommission eingerichtet werden kann, bedarf es im Vorfeld entsprechender Gespräche zwischen den verantwortlichen Regierungen, die die Zielbestimmung definieren und eine gemeinsame Vorgehensweise festlegen.

Die Rolle Kopenhagens ist aus Sicht des SSW klar. Neben dem Land Schleswig-Holstein – in dessen Verantwortungsbereich die Medienpolitik des Landes fällt – sehen wir weiterhin Berlin als dritten politischen Partner für eine gemeinsame Medienkommission. Auch wenn dies kein Punkt des Antrages ist, sind wir der Auffassung, dass Berlin die Chance nutzen muss, die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955 im Medienbereich langfristig zu sichern und im Sinne der Minderheiten weiter zu entwickeln.

Hinsichtlich der im Antrag genannten Forderungen begrüßen wir ausdrücklich, dass wir es gemeinsam hinbekommen haben, einen interfraktionellen Antrag einzubringen. Das stärkt unser Anliegen und auch die Position der Landesregierung. Damit macht Schleswig-Holstein deutlich, dass Landtag und Landesregierung an einem Strang ziehen, um das Problem im Sinne der Minderheiten zu lösen.